



Antrag

der Fraktionen von FDP und CDU

Bestehendes Modell zum Erhalt der Beratungsstellen „Frau & Beruf“ umsetzen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Beratungsstellen „Frau & Beruf“ leisten einen wichtigen Beitrag für die Rückkehr von Frauen in das Berufsleben, so dass diese selbstbestimmt leben können und das gerade für Frauen bestehende Risiko von Altersarmut minimiert wird. Auch vor dem Hintergrund des steigenden Fachkräftebedarfs muss es gelingen, Frauen stärker in den Arbeitsmarkt einzubinden.

Der Schleswig-Holsteinische Landtag fordert daher die Landesregierung auf, die in der letzten Legislaturperiode zwischen Arbeits- und Gleichstellungsministerium gefundene Lösung umzusetzen und die Beratungsstellen „Frau und Beruf“ von Landesseite künftig aus dem Zukunftsprogramm Arbeit zu finanzieren.

Anita Klahn
und Fraktion

Christopher Vogt

Katja Rahtje-Hoffmann
und Fraktion

Begründung:

Vertreter der Landesregierung erklärten im Sozialausschuss zu weiteren Finanzierung der Beratungsstellen „Frau und Beruf“, dass man prüfe, ob Doppelstrukturen zu anderen ähnlichen Angeboten bestünden und die weitere Fortführung zur Finanzierung von dieser Prüfung abhängig gemacht würde.

Diese Diskussion wurde jedoch bereits in der letzten Legislaturperiode ausführlich geführt und inhaltlich abgeschlossen. Die Beratungsstellen „Frau und Beruf“ erfüllen wichtige gleichstellungs- und arbeitsmarktpolitische Aufgaben, die weder durch die Arbeitsagenturen noch die IHK erfüllt werden. Arbeits- und Gleichstellungsministerium hatten deswegen, auch aufgrund des immer stärker werdenden Fachkräftebedarfs, die weitere Finanzierung der Beratungsstellen geklärt und eine Integration in das Zukunftsprogramm Arbeit der Landesregierung vorgesehen.